

Lauterbach sieht Deutschland im Krieg mit Putin

Proteste gegen Äußerungen des Ministers und Appelle an den Kanzler einzuschreiten

VON HANNELORE CROLLY

Deutschland, eine direkte Partei im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine? Dass dieser Eindruck aufkommt, versucht die Bundesregierung seit Monaten nach Kräften zu verhindern. Doch ein Kabinettsmitglied schoss nun in den sozialen Medien quer. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) schrieb am Wochenende auf Twitter: „Wir sind im Krieg mit Putin und nicht seine Psychotherapeuten.“

Seine Kabinetts- und Parteikollegin, Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, versuchte zwar, die Äußerung schnell wieder einzufangen. Die Haltung der Regierung sei unverändert, versprach sie in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“. Weder Deutschland noch die Nato würden zu Kriegsparteien. Dieses Prinzip habe die Bundesregierung von Anfang an geleitet. „Und daran hat sich auch nichts geändert.“ Da hatten Medien unter anderem in Rumänien, Spanien, Polen und der Türkei aber längst über die Einlassungen des deutschen Ministers berichtet. Nach Ansicht der Opposition im Deutschen Bundestag lieferten Lauterbach und Lambrecht zudem ein weiteres Beispiel für den desolaten Zustand der Ampel-Regierung. „Kriegsrhetorik mag hier und da Beifall bekommen, ist aber unverantwortlich“, monierte der Fraktionschef der Links-

partei, Dietmar Bartsch.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU), kritisierte die „leichtfertige und unverantwortliche Kommunikation in Fragen von Krieg und Frieden, die schwer auf der Ampel lastet“. An Kanzler Olaf Scholz (SPD), der die Lauterbach-Äußerung unkommentiert ließ, appellierte Frei, seinen Gesundheitsminister endlich an die Kandare zu nehmen. „Er soll sich auf sein Ministerium konzentrieren. Dort gibt es mehr als genug zu tun“, sagte Frei WELT. Auch die Linke wirft Lauterbach unverantwortliches Verhalten vor. „Wieder einmal Chaoskommunikation in der Bundesregierung. Jeder redet, wozu er Lust hat“, sagte Bartsch. So leichtfertig, wie Lauterbach es erneut getan habe, dürften Regierungsmitglieder keinesfalls kommunizieren. Bartsch legte dem Minister nahe, sich lieber um die Überlastungssituation vieler Beschäftigter im Gesundheitswesen zu kümmern, „statt sich wichtigzutun“. Die Fraktionsvorsitzende der AfD, Alice Weidel, sprach von „Kriegstreiberei“. Die Bundesregierung riskiere, Deutschland leichtfertig in einen dritten Weltkrieg zu verwickeln. Dass der Kanzler dazu schweige, „statt diesen auch sonst überforderten Minister zur Ordnung zu rufen und zu entlassen, zeigt einmal mehr, dass Olaf Scholz selbst an der Spitze des Problems steht“.

Sowohl Grüne als auch SPD wollten

sich nicht äußern zu dem Tweet. Aus der SPD-Fraktion hieß es, Ministerin Lambrecht habe alles Notwendige gesagt. Der verteidigungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Alexander Müller, rügte den Minister des Koalitionspartners deutlich. „Die Behauptung, wir seien mit Putin im Krieg, ist deshalb so besonders gefährlich, weil sie genau Putins Narrative bestätigt. Das darf die Bundesregierung nicht unwidersprochen zulassen, und deswegen bin ich der Verteidigungsministerin dankbar.“ Deutschland sei nicht im Krieg mit Putin und werde das auch nicht riskieren. Die Bundesrepublik unterstütze aber ein Land, das ohne Schuld brutal attackiert werde, damit es den Angreifer vollständig wieder vertreiben könne. „Es wird aber kein deutscher Soldat auf ukrainisches Gebiet entsandt, auch nicht in Zukunft.“

Lauterbach hatte den Vorschlag des Buchautors Richard David Precht zurückweisen wollen, einzelne Nato-Staaten sollten Russland garantieren, dass die Ukraine nicht in die Nato aufgenommen werde. So solle der Boden für Verhandlungen zur Beendigung des russischen Angriffskriegs gegen das Land bereitet werden. „Mal ehrlich: Was sollen denn jetzt Kniefälle vor Putin bringen?“, fragte Lauterbach daraufhin. „Es muss weiter konsequent der Sieg in Form der Befreiung der Ukraine verfolgt werden. Ob das Putins Psyche verkräftet, ist egal.“ Lauterbach war im Juni selbst in ukrainischen Krankenhäusern zu Besuch und nach eigener Darstellung tief betroffen von dem Erlebten. Dem „Spiegel“ gegenüber sprach er von „unfassbaren Verbrechen, die Putin hier begeht. Einfach Beine und Köpfe abschießen zu lassen. Einfach mal da reinbomben, bis sich nichts mehr bewegt. Das ist Wahnsinn.“ Der Minister gehört zu den fleißigsten Twitter-Schreibern unter Deutschlands Politikern. Sein Kanal weist zwar auf dessen privaten Charakter hin. Aber Kritiker monieren, dass seine Zitate dennoch als Position eines Regierungsvertreters verstanden werden können.